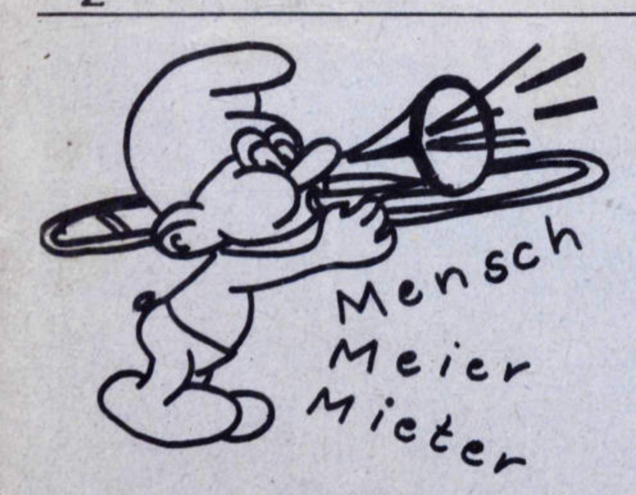


15.9.75 WÖCHENTLICH 2. JHG. DM 0.50

MIETERSCHUTZ 1976 GESETZE



Den Artikel im letzten Info über die beschissene Wohnsituation, die ja nun ab I.I.76 noch beschissener wird, fanden wir irre dufte.

Als wir aus dem Urlaub kamen und das mit der Abschaffung des Mieterschutzgesetzes hörten, fanden wir auch, daß man da was unternehmen muß. Eigentlich hatten wir vor, das mal auf dem Mittwochsplenum anzusprechen. Doch war uns Urlaubern entgangen, daß das Mr der politischen Ratlosigkeit zum Opfer gefallen ist und in der alten Form nicht mehr besteht. ! ?

Ja, und dann lezte Woche noch ein Flugblatt vom Berliner Mieterverein e.V. in unseren Briefkästen. Sie sind auch gegen die Abschaffung des Mieterschutzgesetzes. Wir sind also nicht die einzigen.

Grade das finden wir unheimlich wichtig. Nicht nur Linke, WG's und so, sind von der Verschärfung der Wohnsituation betroffen, sondern große Teile der gesamten Berliner Bevölkerung.

"Au Backe! Wenn die nun... alle... gar nicht auszudenken...

Das kann bedeuten, daß sich nicht nur Linke an möglichen Aktionen beteiligen.
Wir finden es prima, daß im letzten Info schon vorgeschlagen wurde, sich am 24. September zu treffen. Klare Sache, da kommen wir auch.

Es wäre gut, wenn zu diesem Termin schon genauere Informationen da sind.
Wir kennen einen Rechtsanwalt, der sich in Mietsachen auskennt. Den würden wir einladen. Vielleicht haben einige Kontakt zum Berliner Mieterverein und können in Erfahrung bringen, was die momentan machen. (Auf deren Flugblatt stand was von Informationsständen und Unterschriftenlisten.)

Dann haben wir uns noch gedacht, daß es möglich sein müßte, an einem Tag in mehreren Bezirken Berlins Hausfeste zu organisieren. Wichtig dabei finden wir, daß das nicht von außen kommt, sondern die Hausbewohner selbst das machen. So kann man leichter Kontakte knüpfen und mit den Nachbar darüber reden, was uns so bevorsteht. Und wenn man sich erstmal so'n bißchen kennt, macht man vielleicht öfter was und mehr zusammen.

Also dann bis zum 24. September im SZ
(Einige Mieter)

PFÄNDERSPIELE

Der Gerichtsvollzieher kam und wollte Geld haben. Die Betroffene konnte oder wollte aber nicht zahlen. Normalerweise kommt es dann zur Pfändung von Eigentum oder Einkünften.
Dazu muß ein Formular ausgefüllt werden. Zwei Fragen sind dabei wichtig, um die Pfändung zu verhindern.
Sind sie Haupt-, Teil- oder Untermieter? Vorausgesetzt, mehrere Leute wohnen zusammen, wird die Miete auf alle aufgeteilt. Jeder Einzelne ist also Teilmieter, egal wer der vertragliche Hauptmieter ist. Hauptmieter ist man nicht, weil sonst die Untermiete gepfändet werden kann.
Gemeinsahaftswohnung oder getrennte private Räume? In privaten Räumen ist privateigentum, kann also gepfändet werden. Also haben wir natürlich eine Gemeinschaftswohnung - allen gehört alles.
Dann könnte nur mit dem Einverständnis aller gepfändet werden. Und wer ist denn damit schon einverstanden?

heute wars mal sehr eng aber wozu gibts Lupen zum nehmen und lesen

Protest vor Bundeswehr-Kaserne. Mit einer Protestkundgebung vor dem Offizierskasino der Bundeswehr in Hildesheim haben rund 250 Jugendliche in der Nacht zum Sonnabend ihren Unmut darüber zum Ausdruck gebracht, daß ein chilenischer Offizier in Hildesheim ausgebildet wird. In Sprechchören forderten die Jugendlichen den Offizier auf, das Land zu verlassen. TSP (dpa)

Boykott gefordert

deutsche presse-agentur

Einen internationalen Boykott Chiles auf wirtschaftlichem, kulturellem und sportlichen Gebiet forderte gestern in Stockholm die „Internationale Chilekommission". Nach einem dreitägigen Treffen vertraten die Teilnehmer aus Frankreich, Polen, der Sowjetunion, Norwegen, Finnland und Schweden die Ansicht, daß nur durch einen solchen Boykott die in Chile herrschende Militärjunta gezwungen werden könne, mit Hinrichtungen und Folterungen politisch Andersdenkender aufzuhören.

Ein „übliches Verfahren"

09. Sep. 1975

Die Ausbildung eines chilenischen Offiziers in der Bundeswehr geht weiter

deutsche presse-agentur

Die umstrittene Ausbildung eines Offiziers der chilenischen Armee bei der Bundeswehr wird fortgesetzt. Das erklärte der Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums, Peter Kommer, gestern vor Journalisten in Bonn.

Kommer sagte, es handele sich um ein „übliches Verfahren, wie es mit Ländern, mit denen die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen unterhält, seit zehn Jahren praktiziert wird".

Der SPD-Abgeordnete Dieter Schinzel kündigte auf einer Pressekonferenz der Jungsozialisten an, dieser „politische Skandal" werde durch parlamentarische Anfragen aus der SPD-Fraktion im Bundestag zur Sprache gebracht werden. Die Jusos nannten es „zutiefst beschämend" für das Ansehen der Bundesrepublik, wenn die Bundeswehr und ihre Führungsakademie „zu einem Trainingslager für faschistische chilenische Offiziere degradiert" würden.

Der Sprecher des Verteidigungsministeriums bestätigte, daß sich gegenwärtig bei der Brigade 1 in Hildesheim ein Oberstleutnant der chilenischen Streitkräfte auf einen Lehrgang „Mittlere Führung" an der Bundeswehrführungsakademie in Hamburg-Blankenese vorbereite. „Die ausländischen Offiziere, die bei uns ausgebildet werden, erhalten Kenntnisse über Führungsverfahren der Armee eines demokratischen Staates", betonte der Sprecher. Die Teilnehmer — jährlich rund 20 Offiziere aus zwölf Ländern — würden vom Verteidigungsministerium in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt ausgesucht.

Bundesverteidigungsminister Leber erklärte gestern abend, die Ausbildungshilfe der Bundeswehr für Soldaten anderer Staaten beruhe in der Regel auf langfristigen Vereinbarungen und werde ungeachtet oft wechselnder innerpolitischer Verhältnisse in diesen Staaten gewährt. Es sei für die Bundesrepublik „nicht ganz ohne Interesse, Offizieren aus anderen Ländern neben dem Studium auch Gelegenheit zu geben, eine Armee in einem demokratischen Land kennenzulernen".

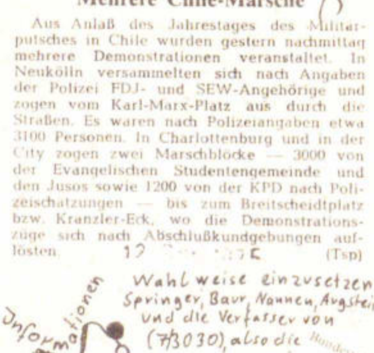
Zwei Chile-Demonstrationen aus Anlaß des Militärputsches

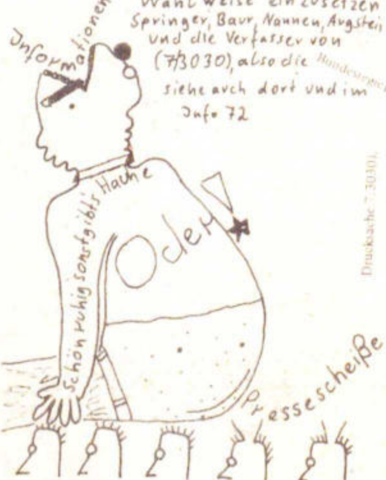
Kompetenzengerangel innerhalb linker Gruppierungen hat dazu geführt, daß morgen in Berlin zwei Demonstrationen anläßlich des zweiten Jahrestages des Militärputsches in Chile stattfinden. Während die im SEW-nahen „Antiimperialistischen Solidaritätskomitee" zusammengefaßten Gruppen um 17 Uhr am Karl-Marx-Platz demonstrieren wollen, haben die Jungsozialisten und ihnen nahestehende Gruppen gestern zu einer Kundgebung aufgerufen, die auf Einladung der Parteien der chilenischen Linken mit Ausnahme der Kommunisten um 17 Uhr am Savignyplatz beginnt und in einem Marsch zum Breitscheidplatz führen wird. Ein Sprecher der Jungsozialisten erklärte gestern, es handle sich „eher um ein Problem der Berliner Linken als der Chilenen untereinander".

Der Berliner SPD-Landesvorstand hat gestern in Zusammenhang mit den Chile-Demonstrationen erklärt, er weise „nach wie vor alle Anbiederungsversuche von kommunistischen Gruppen zurück, weil es mit Gegnern des parlamentarisch-demokratischen Mehrparteienstaates keine wie auch immer geartete Zusammenarbeit geben kann". Wo Kommunisten regierten, seien Terror und Unterdrückung ebenso an der Tagesordnung wie im faschistischen Chile, hieß es in der Erklärung. Deshalb könne es „wieder einmal nur als politische Heuchelei empfunden werden, wenn die SEW aus Anlaß des 2. Jahrestages der faschistischen Machtergreifung in Chile zu einer Protestdemonstration aufruft". 10. 9. (Tsp)

Mehrere Chile-Märsche

Aus Anlaß des Jahrestages des Militärputsches in Chile wurden gestern nachmittag mehrere Demonstrationen veranstaltet. In Neukölln versammelten sich nach Angaben der Polizei FDJ- und SEW-Angehörige und zogen vom Karl-Marx-Platz aus durch die Straßen. Es waren nach Polizeiangaben etwa 3100 Personen. In Charlottenburg und in der City zogen zwei Marschblöcke — 3000 von der Evangelischen Studentengemeinde und den Jusos sowie 1200 von der KPD nach Polizeischätzungen — bis zum Breitscheidtplatz bzw. Kranzler-Eck, wo die Demonstrationszüge sich nach Abschlußkundgebungen auflösten. (Tsp)





DGB: Mehr Druck auf Chile

DÜSSELDORF, 11. September (dpa). Stärkeren Druck der internationalen Organisationen auf die Militärjunta in Chile hat der Deutsche Gewerkschaftsbund am zweiten Jahrestag des chilenischen Militärputsches gefordert. Das Büro der Europäischen Gemeinschaft in Chile sollte sofort geschlossen werden, hieß es in einer am Donnerstag veröffentlichten DGB-Mitteilung. Schriftsteller, Wissenschaftler und Abgeordnete haben verlangt, daß sich Bonn in der nächsten UN-Vollversammlung für Sanktionen gegen die Militärregierung in Lima einsetzt. Heinrich Böll, Martin Walser, Wolfgang Abendroth und mehrere SPD- und FDP-Bundestagsabgeordnete fordern „entschiedene Aktionen" zur Freilassung der politischen Gefangenen in Chile.

Wer nicht seinen Kopf darunter stellen will sollte das linke Schrifttum

verbreitet, öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht oder herstellt, bezieht, liefert, vorrätig hält, anbietet, ankündigt, anpreist, ... einführt oder ausführt ...

(immer daranhängen) und sich gegen sowas wehren und Information weiter verbreiten. Also schreibt auch Artikel (im Info)

(Drucksache 7/3030)

zum 13. Strafänderungsgesetz

Chile feiert den Tag des Putsches

12. 9. 1975 Reuter/AFP, Santiago

Das chilenische Volk lebt nach den Worten von Präsident Pinochet heute in einer Atmosphäre des Vertrauens und der Ruhe. In einer Rede zum zweiten Jahrestag des Militärputsches vom 11. September 1973 sprach Pinochet von bedeutenden sozialen und wirtschaftlichen Fortschritten unter der Herrschaft der Militärregierung.

Die Militärs hatten vor zwei Jahren die Regierung des marxistischen Präsidenten Allende gestürzt, der bei dem Putsch ums Leben kam.

Nach den Worten Pinochets ist seine Regierung „autoritär mit einem tiefen Sinn für soziale Verantwortung, im christlichen Geiste verwurzelt und sich klar bewußt, daß unser Volk niemals der Schaffung eines totalitären Systems gleich welcher Art seine Zustimmung geben wird". Im Ausland wachse ständig das Verständnis für den Anlaß des Putsches, sagte er.

Mehrere Politiker und Autoren aus der Bundesrepublik haben zum Jahrestag des Putsches ein Manifest an UNO-Generalsekretär Waldheim gerichtet. Darin verlangen sie von der Weltorganisation „konkrete und wirksame Maßnahmen, die dazu beitragen, die Menschenrechte ... in Chile wiederherzustellen". Zu den Unterzeichnern gehören der Schriftsteller Heinrich Böll und der ehemalige Kirchenpräsident Martin Niemöller.

Der wegen seiner Kritik am Kreml aus der Sowjetunion abgeschobene russische Schriftsteller Alexander Solschenizyn habe eine Einladung nach Chile angenommen, teilte der Vorsitzende der „Ausländerorganisation Chiles", Pedro Vogelfänger, in Santiago mit.

besser: Vogelfänger

Mit einer Bombe Protest zum Sturz Allendes

Welt

AP, Salt Lake City

In der Hauptverwaltung der Kennecott Kupfergesellschaft in Salt Lake City ist gestern eine Bombe explodiert. Sie richtete Sachschaden in einer geschätzten Höhe von 50 000 Dollar an. Menschen wurden nicht verletzt.

Anrufer, die sich als Mitglieder der Untergrundbewegung „Weather" zu erkennen gaben, bekannten sich zu dem Anschlag, mit dem sie gegen die vorgebliche Einmischung der USA in Chile beim Sturz Allendes vor zwei Jahren protestieren wollten. Ein Anrufer erklärte, daß man Solidarität mit dem „heldenhaften revolutionären Kampf des chilenischen Volkes" demonstrieren wolle. In einer Erklärung, die die „Weather"-Gruppe in einer Telefonzelle hinterlegte, werden die Kennecott-Gesellschaft, die Firma Anaconda, die internationale Telefon- und Telegrafengesellschaft und Außenminister Kissinger für den Sturz und den Tod Allendes im September 1973 verantwortlich gemacht.

man sehe

Starker Einsatz gegen Guerilleros

W

Reuter, Buenos Aires

Die argentinische Regierung will mit aller Härte gegen die linksgerichteten Guerilleros vorgehen, die zahlreiche Bombenanschläge und Feuerüberfälle verübt haben und seit Monaten in der Nordprovinz Tucuman in Kämpfe mit Heeres-Einheiten verwickelt sind. Seit dem Amtsantritt der Präsidentin Maria Estela Peron vor 14 Monaten sind bei Anschlägen von Links- und Rechtsextremisten in Argentinien mindestens 600 Menschen getötet worden.

Nach einer Kabinettssitzung wurde in Buenos Aires in einem Kommuniqué angekündigt, die Regierung werde „alle notwendigen Maßnahmen" ergreifen, um der „Plage der Subversion" Herr zu werden und Ruhe und Sicherheit wiederherzustellen. An dem Treffen nahmen neben Präsidentin Peron auch die Stabschefs der drei Teilstreitkräfte, die Chefs der Polizei und die Präsidenten von Senat und Abgeordnetenhaus teil.

Vor der Kabinettssitzung konferierten die Stabschefs mit dem Verteidigungsminister. Deshalb wird angenommen, daß die bislang nur in Tucuman eingesetzten Streikräfte bald im ganzen Land gegen die Guerilleros der „Revolutionären Volksarmee" (ERP) und der „Montoneros" vorgehen werden. Im August hatten Guerilleros einen Lenkwaffen-Zerstörer beschädigt und ein mit 114 Soldaten besetztes Transportflugzeug zum Absturz gebracht; dabei fanden vier Menschen den Tod.

die Zusammenhänge!

Waffen deutscher Lizenz an Chile?

FAZ

F.A.Z. FRANKFURT, 12. September. Zu der in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 11. September 1975 veröffentlichten AP-Meldung erklärt die Firma Heckler & Koch GmbH in Oberndorf, sie habe an Thailand keinen Auftrag über die Lieferung von Gewehren HK 33 an Chile erteilt; die vertragsgemäße Verwendung der Fertigungslizenz verbiete ohnehin einen Export von Gewehren HK 33 aus Thailand nach Chile. 13. Sep. 1975

Präsident Pinochet entzündet „Ewige Flamme der Freiheit"

AFP/Reuter, Santiago/London

Bei einem militärischen Festakt zum zweiten Jahrestag des Umsturzes in Chile hat Präsident Pinochet auf dem „Platz der Helden" in Santiago eine „ewige Flamme der Freiheit" angezündet. Er erklärte, die Chilenen hätten am 11. September 1973 ihre Freiheit wiedererlangt.

Hortensia Allende, die Frau des bei dem Putsch ums Leben gekommenen Präsidenten Salvador Allende, rief auf einer Kundgebung der britischen Labour Party in London zum Boykott Chiles auf. Die UNO sollte „die Verbrechen der Junta verurteilen". Allendes Schwester Launa verglich in New York das Militärregime mit der NS-Diktatur in Deutschland. 13. Sep. 1975

„DDR"-Außenminister rechtfertigt Chile-Handel

W

dpa, Mexiko

Mexiko und die „DDR" haben beim Besuch von Außenminister Oskar Fischer ein Kulturabkommen abgeschlossen. Vor einem Jahr hatten beide Staaten bereits ein Handelsabkommen vereinbart.

Fischer erklärte vor der Presse, es bestehe kein Widerspruch zwischen den Handelsbeziehungen der „DDR" mit Chile und der grundsätzlichen Solidarität Ost-Berlins mit den Gegnern der Militärjunta. Bei dem jüngsten Kauf chilenischen Kupfers durch die „DDR" handele es sich um langfristige Verpflichtungen. Fischer sprach sich gegen einen Ausschluß Chiles aus der UNO aus, weil die Universalität der Vereinten Nationen erhalten bleiben müsse.

Der russische Schriftsteller Alexander Solschenizyn hat — entgegen einer Meldung aus Santiago — nicht die Absicht, in Kürze nach Chile zu reisen. Dieses Dementi gab der Pariser Seuil-Verlag, der den in Zürich lebenden Autor in Frankreich vertritt. Solschenizyn hält sich gegenwärtig in den USA auf.

Pinochet: In christlichem Geiste verwurzelt

FAZ

SANTIAGO, 11. September (Reuter). Das chilenische Volk lebt nach den Worten von Präsident Augusto Pinochet heute in einer Atmosphäre des Vertrauens und der Ruhe. In einer am Donnerstag in Santiago veröffentlichten Rede zum zweiten Jahrestag des Militärputsches am 11. September 1973 sprach Pinochet von bedeutenden sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Fortschritten, die das Volk unter der Herrschaft der Militärregierung erreicht habe. Er verwies dabei auf das Programm der Junta zur wirtschaftlichen Gesundung des Landes, durch das ein Absinken der Inflationsrate erzielt worden sei. Aus Gewerkschaftskreisen verlautete dagegen vor kurzem, daß die Lebenshaltungskosten seit dem Putsch um 5000 Prozent, die Löhne dagegen nur um 2500 Prozent gestiegen seien.

Nach den Worten Pinochets ist seine Militärregierung „autoritär mit einem tiefen Sinn für soziale Verantwortung, im christlichen Geiste verwurzelt und sich klar bewußt, daß unser Volk niemals der Schaffung eines totalitären Systems gleich welcher Art seine Zustimmung geben wird".

CHILE-KOMITEE

Im letzten Info kritisierte das Häftlingskollektiv das Verhalten des Chilekomitees in Bezug auf die Chilenen, die aus Rumänien nach Berlin gekommen waren.
Unsere erste Antwort darauf soll untenstehende Erklärung sein. Leider ist sie leicht gekürzt, da wir sonst kein Exemplar mehr auftreiben konnten.
Wir (Chilekomitee) werden versuchen, demnächst auf die Kritik des Häftlingskollektivs einzugehen. *genauer

"Rumänien hatschnell und unbürokratisch bisher ca. 1500 Chile-Flüchtlinge aufgenommen. Nach Aussagen des UNO-Hochkommissars für Flüchtlingsfragen in Genf, der diesen Sommer Rumänien besucht hat, und nach Aussagen von Chilenen, die selbst in Rumänien waren, sind die Lebensbedingungen für die Flüchtlinge dort gut. Sie erhalten Arbeit, Wohnung, Kindergeld ggf. Arbeitslosenunterstützung, sie können studieren (natürlich muß berücksichtig werden, daß Rumänien ein armes Land ist.). Kein einziger der Chilenen, die Rumänien verlassen, wurde und wird von den rumänischen Behörden ausgewiesen. Der rumänische Staat hat sich darüberhinaus bereit erklärt, weitere chilenische Flüchtlinge aufzunehmen.
Zieht man die Situation in den chilenischen Folterhäusern und KZ's, den Terror gegen das chilenische Volk unddie katastrophale materielle Versorgung in Betracht und zieht man weiterhin in Betracht, daß ungefähr 4.000 politische Flüchtlinge unter elenden Bedingungen und unmittelbarer Gefährdung ihres Lebens in Argentinien und Peru auf ihre Ausreise warten, dann werden allerdings die Gründe unverständlich, die die chilenischen Flüchtlinge zur Ausreise aus Rumänien bewogen haben.
Da wurde (und wird) gesagt, die medizinische Versorgung in Rumänien sei katastrophal. Das ist nicht wahr. Westberliner Ärzte, die die 36-köpfige Gruppe untersucht haben, die im März dieses Jahres aus Rumänien gekommen ist, haben festgestellt, daß diese Gruppe ausreichend versorgt worden war.
Es wird eingewandt, daß eine politische Arbeit der Chilenen in Rumänien von den dortigen Behörden behindert wird. Ohne die Verhältnisse in Rumänien beurteilen zu wollen, meinen wir, daß eine aktive politische Betätigung in Westberlin zumindest ähnlichen Einschränkungen unterworfen ist. Dies wird u.a. daran deutlich, daß führende Mitglieder des MIR die Aufenthaltsgenehmigung in der BRD und Westberlin nicht erhalten. Daß wir ihre Argumente nicht anerkennen, ist aber noch nicht der Grund für unsere ablehnende Haltung. Zu dieser hat uns dreierlei bewogen:

1. Die Bundes- und die Länderregierungen nehmen nicht freiwillig chilenische Flüchtlinge in der BRD auf. Um jede Erteilung von Asyl- oder Aufenthaltsgenehmigung muß erbittert gefeilscht werden. Die Chilenen, die aus eigennützigen Gründen Rumänien verlassen, nehmen Plätze in Anspruch, die wir notwendig brauchen, um politische Gefangene aus den KZ 's und Folterhäusern herauszubekommen. Jede Aufenthaltsgenehmigung, die einem aus Rumänien ausgereisten Chilenen erteilt wird, kann einem politischen Gefangenen in einem chilenischen KZ verloren gehen. Es ist selbstverständlich, was da wichtiger ist.

2. Ebenso ist es mit der materiellen Versorgung. Viele chilenische Flüchtlinge erhalten überhaupt erst eine Aufenthaltsgenehmigung, wenn ihre materielle Versorgung vorher gesichert ist. Ganz abgesehen davon, daß viele Chilenen hier in Berlin lange Zeit keine Arbeit oder einen Studienplatz finden und auf materielle Unterstützung angewiesen sind. Die aus Rumänien eingereisten Chilenen absorbieren die materielle Unterstützung, die wir dringend benötigen.

3. Sie diskreditieren einen Staat, der bisher 1.500 chilenische Flüchtlinge aufgenommen und materiell unterstützt hat und der bereit ist, weitere aufzunehmen. Sie liefern darüberhinaus reaktionären Kreisen in der BRD Material und Argumente und chauvinistische Hetze gegen Rumänien.

Den Chilenen in Rumänien sind diese Hintergründe von den Parteien des chilenischen Widerstandes vorher klargemacht worden. Wenn sie trotzdem in die BRD ausreisen, verhalten sie sich höchst unsolidarisch ihren eigenen Genossen gegenüber, die in Chile, Peru oder Argentinien unter Lebensgefahr auf ihre Befreiung warten. Sie fügen darüberhinaus der internationalen Solidaritätsbewegung mit dem chilenischen Volk großen Schaden zu. Aus diesen Gründen lehnen wir es ab, diesen Leuten irgendwelche Unterstützung zukommen zu lassen. Sie haben alle die Möglichkeit, ohne jegliche Repression nach Rumänien zurückzukehren und wir erwarten von ihnen, daß sie ihren Landsleuten in Rumänien klar machen, wieso es falsch ist, in den 'goldenen Westen' auszureisen. Sie könnten mit solch einem vernünftigen Schritt einer 'drohenden' Ausweisung zuvorkommen, die so bedrohlich gar nicht ist. Da Rumänien ihnen Asyl erteilt hat, werden sie allenfalls nach Rumänien abgeschoben, keinesfalls nach Chile."

Weitere Gespräche mit den Chilenen

TS 9.9.1975

Freiwillige Ausreise angestrebt — Kein Einsatz polizeilicher Gewalt

Die Berliner Innenverwaltung hofft weiterhin, die aus Bukarest eingereiste Gruppe von 16 Exil-Chilenen zur freiwilligen Rückkehr in ihr Asyl-Land Rumänien bewegen zu können. Wie ein Sprecher gestern mitteilte, werden noch entsprechende Gespräche mit der Gruppe, zu der neun Kinder gehören, geführt. Wie berichtet, hatte am Donnerstag voriger Woche das Oberverwaltungsgericht die für die Chilenen von der Ausländerpolizei angeordnete Ausweisung für rechtmäßig erklärt. Seither hatten sich die Chilenen an verschiedenen Stellen in der Stadt in der Obhut evangelischer Kreise aufgehalten, wobei die Polizei jederzeit über diese Aufenthaltsorte informiert war. Wie der Sprecher der Innenverwaltung erklärte, sei jedoch „im Moment der Gesichtspunkt der humanitären Behandlung der Leute vorrangig", so daß an eine Abschiebung mit Hilfe polizeilicher Gewalt so lange nicht gedacht werde, bis nicht auch der letzte Versuch zu freiwilliger Ausreise der Chilenen gescheitert sei. Die Flüchtlinge hatten — wie berichtet — in Rumänien Asyl erhalten, waren aber dennoch aus freien Stücken und legal aus Rumänien ausgereist. Der Sprecher der Innenverwaltung äußerte gestern, es gebe Indizien, daß es gelingen könnte, die Südamerikaner zum freiwilligen Verlassen West-Berlins zu bewegen. (Tsp)

Anfrage aus Chile

Der chilenische Botschafter in Bonn, Irarrazaval, solle auf Anweisung von Staatschef General Pinochet über die Lage der chilenischen Flüchtlinge in West-Berlin berichten, meldete die Zeitung „La Tercera" in Santiago de Chile. Der Präsident interessiere sich besonders für das Schicksal der neun Kinder der Gruppe. (dpa)

Tagesspiegel vom 9.9.1975

FAHNENSAMMLUNG für CHILE



Wir (eine Gruppe von Spontis) haben am 11.9. nach der Chile-Demo in Charlottenburg mit der großen Chile-Fahne Knete gesammelt. Wir waren insbesondere am Kudamm und haben die reichen Smarties und mit Klunkern behängten Weiber um Geld erleichtert.
Dabei entstand natürlich nie der Rote-Kreuz-Sammlungscharakter, wir sind nicht auf die Knie gefallen, sondern haben unmißverständlich die Knete gefordert.

Übrigens: es kamen dabei 376,50 DM heraus.

H. (Ch.K.)

PORTUGALWOCHE

Das Chile-Komitee hat den unterstehenden Beitrag und den Brief zur Portugalwoche als Anregung zu einer Diskussion über Portugal aufgefaßt. Wir unterstützen die Portugalwoche und werden zusammen mit der Portugal-Spanien-Gruppe diese Aktionswoche vorbereiten und zusammen dazu aufrufen, oder aber als Chile-Kom. einen eigenen Aufruf verteilen. Das hängt von den Diskussionen mit der P-S-G ab.
Wir fassen untenstehenden Beitrag nicht als Plattform auf, und hoffen durch diese Veröffentlichung ähnliche Diskussionen in anderen Gruppen anzuregen.

An alle Chile-Komitees!

Genossen, auf einer Sitzung der Aktionseinheit zur Vorbereitung einer Solidaritätswoche mit abschließenden Demonstrationen für die Unterstützung des revolutionären Kampfes in Portugal wurde beschlossen, die Koordination der westdeutschen Chile-Komitees aufzufordern, sich an dieser Aktionseinheit zu beteiligen. Die Solidaritätswoche - vom 21. zum 27. September folgt einem Aufruf, der am 13. August in Lissabon bei einer großen internationalistischen Veranstaltung von zahlreichen Arbeiter- Einwohner- Soldatenkommissionen vorgebracht wurde; diese Initiative findet gleichzeitig und auf derselben Grundlage in zahlreichen europäischen Ländern statt.
Bisher haben sich diesem Aufruf auf westdeutscher Ebene folgende Organisationen angeschlossen und bilden die diesbezügliche Aktionseinheit: BDJ/RBJ, CISNU, GIM, LOtta Continua, KB, SB, SAG, Spartacusbund, RK.

Da wir der Meinung sind, daß die Solidarität für den revolutionären Prozeß in Portugal heute eine ähnliche Rolle spielt, wie sie gegenüber Chile vor dem Putsch aktuell und notwendig gewesen wäre, und da wir nicht wollen, daß Portugal Europas Chile wird und wir uns nachträglich mit den Opfern der Niederlage solidarisieren müssen, glauben wir, daß es heute notwendig ist, in ganz Europa auf die Straßen zu gehen, auf der Seite der portugiesischen Arbeiter, Bauern, Soldaten und Matrosen; auf der Seite derer, die für die Volksmacht und die sozialistische Revolution in Portugal kämpfen. Gerade in der BRD, die wesentlich an der imperialistischen Einkreisung und Abschnürung des portugisischen Prozesses beteiligt ist, haben alle revolutionären, antifaschistischen und demokratischen Kräfte diese internationalistische Verpflichtung. Daher appellieren wir an Eure Koordination, Euch dieser Aktionseinheit anzuschließen. Setzt Euch bitte mit uns unter tel. 0601 778807 in Verbindung und teilt uns Eure Antwort mit. Solltet Ihr Euch wider Erwarten nicht dazu entschließen können, so hoffen wir doch, daß ihr zumindest die Initiativen und Demonstrationen auf Basisebene und auf der Ebene der Mitglieder der Komitees oder einzelner Komitees als solcher unterstützen werdet
Mit solidarischen Grüßen

Wir rufen euch auf, daß die internationalistische Solidarität mit Portugal ein Höchstmaß an Mobilisierung erreicht: gegen jedes imperialistische Manöver und gegen jeden Versuch der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Angolas.

Die internationale Unterstützung des revolutionären Kampfes des portugiesischen Volkes muß sich verbinden mit dem Kampf für die völlige Befreiung Angolas, für den Sieg der einzigen revolutionären und partiotischen Kraft, der MPLA.

Deshalb rufen wir alle Arbeiter, Soldaten, Matrosen und revolutionäre Militärs auf, sich so schnell wie möglich für eine Mobilisierung in ganz Europa einzusetzen: zur Unterstützung der anwachsenden Volksmacht, der proletarischen Demokratie, in ihrem harten Kampf gegen die interne und internationale Reaktion - eine Mobilisierung, die alle revolutionären Kräfte einbeziehen muß, die die wirklichen Interessen des portugiesischen Volkes verstehen.

WIR HABEN KEINE ZEIT ZU VERLIEREN!

Es ist jetzt notwendig, alle unsere Kräfte zusammenzufassen, um in ganz Europa auf die Straße zu gehen. Wir schlagen vor, die Woche vom 22. - 28. September zu einer Woche der internationalen Solidarisierung zu machen. Ein Jahr nach dem Sturz Spinolas durch das kämpfende portugiesische Volk, rufen wir zur größtmöglichen Mobilisierung auf, damit es den verschiedenen Spinochets nicht gelingt, die portugiesische Revolution zu erwürgen. Wir rufen alle Kräfte auf, am Samstag, dem 27.9., in ganz Europa auf die Straßen zu gehen:
+ Gegen die imperialistische Einkreisung und die ökonomische, politische, diplomatische und militärische Erpressung Portugals. Gegen die Provokationen der internen und internationalen Bougeoisie, die den revolutionären portugiesischen Prozeß aufhalten wollen.
Für die nationale Unabhängigkeit und für die Neutralität des Mittelmeerraumes.

+ Für die volle Unterstützung der Arbeiterklasse, des Proletariats, der Soldaten, der Matrosen und revolutionäre Militärs in ihrem Kampf gegen Kapitalismus, für die Volksmacht und die proletarische Demokratie.

+ An der Seite des angolanischen Volkes und seiner Kämpfer der MPLA, in ihrer Offensive gegen die imperialistischen Kräfte; gegen jede Einmischung bei der Lösung der inneren Angelegenheiten Angolas, für die nationale Einheit und die völlige Befreiung Angolas.

Es lebe die Arbeiterklasse!
Es lebe der revolutionäre Kampf der Völker der ganzen Welt!
Es lebe der proletarische Internationalismus!

Angesichts der Schwierigkeiten, die der revolutionären Linken Portugals vonseiten der westeuropäischen Reaktion bereitet werden, fand am 13. August in Lissabon eine internationale Massenkundgebung mit über 7ooo Teilnehmern statt. Dort wurde eine Resolution der Arbeiterkommission von Lisnave vorgelegt, in der die Notwendigkeit betont wird, die internationale Solidarität verstärkt zu organisieren. Aus der Manifestation ging ein Aufruf an die westeuropäische Linke hervor, in der Woche vom 21.- 28. september x inform von Portugal-wochen die Solidarität mit der portugiesischen Revolution öffentlich zu manifestieren.
Auf der Versammlung wurde ein Aufruf beschlossen, den wir hier im Wortlaut dokumentieren:

AUFRUF AN DIE ARBEITER? AN DAS PROLETARIAT AN DIE REVOLUTIONÄREN UND FORTSCHRITTLICHEN KRÄFTE EUROPAS

(verlesen von einem Genossen der Arbeiterkommission der Lisnave-Werft auf der Veranstaltung für den proletarischen Internationalismus in Lissabon am 13.o8.75.)

"Der revolutionäre portugiesische Prozeß ist an einem entscheidenden Punkt angelangt. Die allgemeine Krise bedroht die Weltherrschaft der Imperialisten. Deshalb können sie nicht zulassen, daß die portugiesische Revolution bis zum Sieg voranschreitet. Sie können nicht zulassen, daß das kapitalistische Ausbeuter- und die Macht der Bourgeoisie in Portugal zerschlagen werden. Nach den außerordentlichen Siegen der Völker Indochinas würde das eine weitere schwere Niederlage für den Imperialismus bedeuten.

In diesem Augenblick konzentrieren sich in Europa und speziell im Mittelmeerraum alle prinzipellen Widersprüche der imperialistischen Herrschaft. Daher findet die Entwicklung der Revolution, die ihre Wurzeln im Befreiungskampf der Völker der Kolonien hat, eine Möglichkeit zum Sieg - in der Krise, die dieses System der Spaltung und Herrschaft in der Welt erschüttert, das im Westen in der Nachkriegszeit die Stabilität garantiert hatte

Die portugiesische Revolutionsetzt in Europa den Kampf für die nationale Unabhängigkeit, den Kampf für das Recht der Völker, unabhängig von jeglicher äußeren Einmischung ihr eigenes Schicksal zu bestimmen, auf die Tagesordnung.

Die ökonomische, politische, diplomatische und militärische Erpressung, die die imperialistischen Kräfte Portugal aufzwingen wollen, bilden heute die Speerspitze, für die konterrevolutionären Kräfte in unserem Land.

Aus diesem Grund und wegen der realen Unmöglichkeit der friedlichen Koexistenz unserer Proletarischen Revolution und der kapitalistischen Länder in Europa, sagen wir ganz klar, daß nur die Arbeietrkämpfe und die Zuspitzung des Klassenkampfes in ganz Europa gegen jeden Versuch der"Normalisierung", die die Bourgeoisie im In- und Ausland uns aufzwingen will, die entscheidende Unterstützung für unseren Kampf sind.

Wir rufen Euch auf, mit eueren Kämpfen diejenigen zu unterstützen, die heute in Portugal den Kampf gegen den Kapitalismus und gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen führen: die Arbeiterklasse, das Proletariat, die revolutionären Soldaten und Militärs.



Antifaschistische Soldatendemonstration

OFFENR BRIEF AN DEN VERLAG ROTER STERN

liebe mitarbeiter des verlags roter stern!

ihr habt den hölderlin herausgebracht! wie gut! und nicht den verfälschten, sondern den wahren hölderlin! wie hilfreich!
nicht nur für die fragen, die uns zur zeit bewegen: was wird aus portugal? wie geht es hier weiter? gibt hölderlin einige beachtliche antworten und hinweise. auch andere,mit denen wir gesprochen haben, meinen, daß sie mit hölderlin etwas anfangen können. die obdachlosen wissen jetzt wie sie aus ihren löchern rauskommen.
die arbeitslosen jugendlichen zitieren hölderlin auf dem arbeitsamt und begeistern damit die wartenden auf den fluren.
das tapfer kämpfende volk der palästinenser trägt hölderlin im kampfgepäck und rühmt die moralische kraft, die von ihm ausgeht.
besonders dankbar sind euch die genossen im knast. in ihrer verzweiflung und einsamkeit wird es sie sicher gewaltig ermutigen weiterzukämpfen. daß auch die genossen draußen weitermachen, indem sie gegen allen widerstand hölderlin im orginal, den wahren hölderlin verlegen, ist ein gutes gefühl, wenn man im knast ist, sagen sie.
allen linken verlagen habt ihr damit den weg gewiesen, wie man trotz konkurrenz, bücherüberproduktion und wachsender papierpreise überlebt: nämlich indem man bürgerliche dichter, die begriffs- und gefühlsduselig antikapitalistisch waren, verlegt und den linken als links und revolutionär, den bürgern als "nicht radikale neueinschätzung"(FAZ) verkauft
überleben ist gut, überleben wollen um jeden preis korrumpiert.

sechs mitarbeiter und ehemalige mitarbeiter von erziehung und klassenkampf und des verlages roter stern.



(wir wollen)

Nicht Alles Mögliche, weil ein Großteil dessen,was existiert, eine Geschichte von destruktiver Ideen- und Produktentwicklung ist, gesellschaftliche Ergebnisse von Ausbeutung, Unterordnung und Kriegsproduktion.

Ähnlich dem Weg von den Übergangsperioden (bei den K-Gruppen) hat sich da (WWA) bei den Sponti-Linken ein Slogan eingeschlichen, der bedeuten soll, daß Alles gut wird,wenn wir es besitzen, weil es umfunktioniert, dem Menschen dienbar gemacht wird.Nicht nur gefährlich wie "Macht kaputt,was.."sondern auch irreführend ist dieser Titel, weil es sich herleitet von den "enormen Möglichkeiten" der Vollautomation und anderen theoretisch-faszinativen Konstruktionen zur Praxisflucht wie wir sie bei Ausbeutern,Synecticern und zB Marcuse finden.

(Synectic wurde für Manager als Methode angewandt die Assoziationsfähigkeit in einem Freiraum als Ideenreservat für Erfindungen zu entwickeln).

Psychologistisch geht die Theorie von der Vollautomation einer "Revolution von Oben" auf den Leim ("wenn die Bonzen sie nur einführen würden") und baut deshalb auf einem Optimismus und Fortschrittsglauben auf,der voraussetzt, daß in der "Entwicklung der Produktivkräfte" "Fortschritt" steckt,daß die hochentwickelten Metropolen tatsächlich hochentwickelt sind, daß also nur den falschen Leuten die richtige Macht aus den Händen gerissen werden müsse.

Gerade dieses dumme Definition von Fortschritt verfestigt, was uns die Supermächte als Entwicklung verkaufen, verhindert eine radikale Fragestellung und macht die Dialektik hoffnungslos ambivalent und abwieglerisch wie resignativ ("Sinnlosigkeit von Revolutionen","Friedlicher Übergang"), fixiert sich Ideen- und Begriffsbildung der Genossen stärker an die herrschenden Machtstrukturen als es bei sogenannten Unpolitischen zutrifft. (Die Massen sind schneller als ein ideologischer oder bürokratischer Verein).

Da Dialektik oder Marxismus nicht nur die Lehre von der Unterdrückung, sondern auch die von der Leere, der Selbstaufhebung durch Taktik,Jonglieren und Verinnerlichung von Macht und Norm sein kann, sollten langsam alle linken Fraktionen rangehen, Fehler Fehler sein zu lassen, Geschichte nicht als Vorverständnis und Versicherung zu begreifen sondern daß, was Menschen zusammen tun können für Menschen, denen es noch dreckiger geht, und erst von dieser nur durch Praxis lösbaren Frage zusammen mit allen Unterdrückten so in 'n paar Jährchen dann dazu kommen die Machtfrage zu stellen.Nicht umgekehrt; denn Agitation ohne praktische Alternative ist Null, die Masse der Unterdrückten sind weder Material noch verwertbar im Rahmenzusammenhang verkannter Genies.

("dumm"von dir, wenn du jetzt annimmst,daß ich nur von K-Gruppen spreche, in sog. antiautoritären Gruppen ist die Etablierung verfestigter Strukturen zumindest genauso isolationistisch)

(Allerdings aber reagieren sich K-Gruppen dank Marx an Minderheiten,Randgruppen, Anarchisten und Individualisten ebenso ab wie die Systemerhalter oder wie das bei autoritätsfixierten Heinis überhaupt passiert "nach unten treten und nach oben kitzeln")

Revolutionen haben nicht nur den Spruch sondern auch so was wie Pflicht, die Schwachen zu schützen, ihre Menschenrechte zu verteidigen und Ideen zu fördern, die anregen und nützen.
Viele sind aus dem herrschenden Lebens- und Produktionszusammenhang ausgestiegen, um überhaupt noch denken zu können, das heißt Aktion oder was sie machen mit dem was sie sich vorstellen vergleichen,untersuchen u. verbessern zu können.Die Pflicht (!) eines Revolutionärs ist es (sonst ist er keiner), Ideen nicht an der üblichen, herrschenden Effektivität zu messen, sondern Ideen und Aktionen auf den Sinn ihrer kollektiven Einheit und Identität hin zu überprüfen u. erklären bzw sich erklären zu lassen,was unverständlich ist, denn wie ich eine Entwicklung interpretiere, darin erweist sich entweder: hab ich die Macht, die Norm der herrschenden Bedingungen (akzeptierte u. vergangliche) ist das, was ich sage nicht die Projektion mir gesetzter und deshalb von mir bruchlos (bruchlos,positivistisch) angenommener Schablonen,Ängste und Erwartungen - oder hab ich neben der emotionalen Offenheit auch faktisch die reflektierte Verantwortung mitübernommen, verbal durchzusetzen, wozu ich emotional stehe ---- und GENAU AN DIESEM PUNKT BEGINNT DIE VERRATSDEFINITION ---
denn in welcher Gruppe oder intensiven Beziehung wird so ein Verhalten gebildet, das nicht nur sich selbst beweihräuchert, oder die Klassiker,-das die Genossen damit konfrontiert, daß die inhaltliche Selbstfindung aller Fraktionen nicht aufkosten der Einheit aller Menschen gehen darf, die gegen den Kapitalismus als Gesellschaftsorganisation sind. Wie anders läßt sich eine Verhaltensweise, ein Verbrechen, eine Aktion aus dem vorgeformten, bereits verurteilten und rachitischen (kommt von Rache nicht von der Lungenkrankheit) Rahmenzusammenhang der Reaktion sprengen. als

durch den einheitlichen Aufstand.Und jeder Bruch mit der Norm ist so'n Aufstand, da gibts nicht wichtig,unwichtig oder andere Hierarchien.Ich hab keine Probleme jemanden zu achten, der mehr oder weniger weiß als ich, wenn ich das Gefühl hab, er zieht sich nicht zurück, wenns kritisch,soll heissen gefährlich oder ungewohnt oder schwierig wird, egal, woran du denkst.
Natürlich ist 8-Tung kein Freibrief für Unterordnung oder Anpassung.

Wenn ich auf das, was jemand sagt, nicht spontan reagiere, also vibriere, erkenne ich etwas von ihm, seiner Projektion und Wirkung auf mich und umgekehrt, denn nicht zufällig fällt uns das und das ein (Übertragung, Gegenübertragung).Wenn ich direkt reagiere, übertrag ich, verallgemeinere ich, was spezifisch ist, ich verobjektivier ein Subjekt und wir reden aneinander vorbei nach allen Regeln der Selbstaufhebung (Anspruch auf Objektivität,Wissenschaftlichkeit oder herrschende Verobjektivierung u. Vermarktung).In Extremfällen reden wir uns in eine Situation, in der nur Anwesenheit existiert und alle Abwesenden vernichtet werden.Wir sind dann die Besten und einzig Richtigen.

Da Sinngebung,(inhaltliche)Definition, fast unser ausschließlicher Organisationszusammenhang sind, ist die Katastrofe des "einzig-richtigen-Linien-Mechanismus" eine Kastration untereinander, zum anderen als Strategie oder Taktik jener Leute eine Basis zu unserer Vernichtung, die an einer faktischen (in der Tat) Solidarisierung uninteressiert sind oder sie -als Agenten der Reaktion- bewußt bekämpfen.Jeder kann sich ausmalen, wie das läuft: Gerüchte werden nicht nur in die "Welt" oder ins "Bild" gesetzt, sondern gezielt in sog. Infrastrukturen, um im Vertrauen Mißtrauen zu säen u. zu ernten, dieser Bullenwurf kann tödlich sein.

Da wir kaum die Chance haben werden,Gott sei Dank, Herstellung von Öffentlichkeit, Bloßlegung von Konflikten als Niederlage zu bezeichnen (eine logische Selbstaufhebung von Gangstern und Stars auf den verschiedenen Bühnen und Parketterien), pervertiert der"Kampf gegen"immer dann (pervertieren=die Gesetze der Norm oder des Feindes schlagen nach Innen um), wenn Ursachen nicht erkannt,"Schuld" gesucht und verrechnet,Analysen kurzsichtig gemacht werden ("Sozialimperialismus","SPD=Hauptfeind","die Guerilla nützt der Reaktion") und -logische Konsequenz- Kämpfe als aussichtslos und hilflos interpretiert werden.

Die Atomisierung der Solidarität in fraktionelle Machtkämpfe und die in so einem "Diskussionszusammenhang" irrationale Explosion revolutionärer Energie "aus dem Untergrund" oder zwanghafte Reduzierung von kollektivem Verhalten auf Ritual und Formalisierung von Solidarität entwickeln nicht die Einheit, sondern isoliert jede Gruppe aus ihrem Spruch heraus (weil eben nicht Erfolge durch die Praxis sondern Abgrenzungspolitik untereinander und historische Imitation die Bereitschaft zur Einheitsfront verblocken und verpuffen).

Der Mechanismus "des nach unten Abreagierens" ist bei sog. Normalen nicht ausgeprägter als bei Dogmatikern.Denk nur mal an das lächerliche Gerangel des Semmlers mit den Spontis,ob Mahler Genosse ist oder nicht, wie weit sind wir selbst formalistisch verschraubt von der Tatenlosigkeit und wie verdammt mutig und konsequent ist der Bullenvorwurf der RAF-Genossen an die"KPD" nach dreijähriger Isolation und Folter.Sie kennen die Kriterien (Möglichkeiten zur) Infiltration, der psychologischen Kriegsführung und in der Vermarktung ihrer Praxis durch die Roten Hilfen erkennen sie nicht nur den Verrat an sich,sondern die Aufgabe jener Kriterien, die uns seit Beginn der Bewegung von den Traditionalisten unterschieden haben.

Diese Interpretation heißt nicht, daß ich den Bullenvorwurf richtig finde, sondern sie heißt, daß die Rote Armee von Genossen angegriffen und behandelt wird wie von Klassenfeinden; daß die RAF darauf reagiert, spricht gegen sie, gegen ihren Ansatz, daß die Guerilla den Ton bestimmt,das einzig Richtige ist, und daß der Allerweltshe4d nur an der Linken selbst liege.
Richtig (an ihrer Konsequenz)ist, daß mit 9 bewußten und konsequenten Menschen eher eine Basis herzustellen ist als mit 5 ooo ideologischen Lackaffen, denen ihr Beruf wichtiger ist als die Aufhebung oder Vernichtung des Stuttgarter Theaters.

Wenn 5 ooo 2o ooo würden, könnten die K- bis Sponti-Linken ne geraume Zeit S lahmlegen
oder 2,3 ooo könnten in jeder größeren Stadt so lange stören, diskutieren,plakatieren, bis nachgegeben wird

wenn wir in dem Bewußtsein, das wir es schaffen können, sie mit einer militanten Massenmobilisierung rauszubekommen
was natürlich voraussetzt, das wir verboten werden können
na und?

wenn
wir mit diesem Bewußtsein rangehen, Aktionen, Diskussionsstände, Streiks und Blockaden zu inti-ieren
mit dem Ziel: Freiheit für alle inhaftierten Anarchisten und Kommunisten -
ihr würdet über eure eigne Stärke so erstaunt sein wie beim ersten Bocksprung gegen die herrschende Unordnung, das euch erst die Küsse der gefangenen Genossen aufwecken würden.

Warum soll der Herbst nicht so heiß werden wie mehrere Sommermorgenträume im Oktober?

ERGÄNZUNGEN (zum Spontaneismus)

In "Subterraneum Home-Sick-Blues" und "Like a Rolling Stone" singt der Robert "stop swimming" and "dont follow leaders" "stop swimming and think like a stone", "Gegen den Strom", "die Zeit anhalten", "Stein im Getriebe", "To SZU"

Informationen müssen zentrierbar,focierbar sein
ansonsten ergänzen wir uns nicht, sondern heben wir uns gegenseitig auf
ist für uns die Info-Politik der Herrschenden von der Ausbildung unserer Infra-Struktur nicht zu trennen
werden Fronten austauschbar.

Zum Autoritätskomplex: Menschen, die praktisch und theoretisch für die Emanzipation der Unterdrückten kämpfen, sind keine Autoritäten im herrschenden Sinn, sondern Helfer die Wissen und Praxis auf ihren sozialrevolutionären Gebrauchswert hin interpretieren und durchsetzen. Distanzierung von rev. Praxis ist gleich Diffamierung (s. Negt, SB, Marcuse).

Da die wenigsten Linken Unterdrückten tatsächlich helfen oder ihnen was zu sagen haben, vernageln ihre ureignen klassenspezifischen Probleme der (Re-) Sozialisation den rebellischen oder gesellschaftspolitischen Umschlag von praktischen Alternativen, werden Menschen, die viel wissen oder machen, verglichen mit anderen, die viel machen wie ausbeuten, morden, managen usw. Also Autorität=Autorität, Macker ist gleich Macker usf Das wird in der Reaktion eines sich unterdrückt fühlenden* psychologisch gleichgesetzt. Jemand, der viel weiß oder kann, löst den denselben Komplex aus wie jemand, der viel besitzt, das passiert natürlich auch mit Filmmanieren oder anderen ästhetischen Normen wie Aussehen, Kleidung usf wir bleiben aber

* im Gegensatz zum faktisch Unterdrückten

erstmal bei dem wichtigsten Irrationalismus und dessen Folgen, der Gleichsetzung von wissensorientierter, kapitalträchtiger Potenz und faktischen Inhabern von Macht im kulturellen, ökonomischen oder politischen Betrieb. Schon im Gebrauch der Worte "Wissensakkumulation" "Wissensaneignung" ist diese Identität wie in der Wertung "literarisch", "aktionistisch", "unwissenschaftlich" oder die Kriterien der in-group: Lachen aufkosten Abwesender, Herstellung von Zusammengehörigkeitsgefühl durch Schadenfreude und Pflege gewohnter und bekannter Gschichten.
Mit den Wortbeispielen ist schon der erste Sinn dieser Gleichsetzung erklärt: Verinnerlichung der verkapitalisierten Interessensnorm und Bedürfnisstruktur und Verhalten, der zweite: die subjektive Aufwertung von Wissen gegen die Normen der Realität, eine positive Entwicklung, die aber, um sozusagen realitätstüchtig zu bleiben oder vertraute Sicherheiten nicht in Frage stellen oder "angreifbar" machen zu müssen, mit derselben Privilegierung umgeben und angesehen werden wie Kapitalinteressen, da entsprechend dem bürgerlichen Bildungsideal die Sprache oder das Wissen die Realität ersetzen können oder sich jede Handlung in dem Bewußtsein der eignen immanenten Fehler oder der typisch deutschen Frage nach dem Endzweck, der Frage nach dem Warum überhaupt und nicht der nach dem Wie, sich selbst zerstört. Diese unergiebige intellektuelle chauvi-konkurrenzsituation oder Besserwisserei kann ich mir nur so erklären, daß körperliche Arbeit oder körperlicher Einsatz in der Aktion als zweitrangig als unterprivilegiert als verwertbar angesehen werden, das wiederum kann bewußtseinsmäßig nicht zugegeben werden und diese Lüge wirkt sich dann eben als selbstzerstörerischer Psychologismus aus, weil mit jedem dasselbe oder doch was anderes passiert (siehe Aneinandervorbeireden oder sich auf Situationen einstellen, woher sollte man Kraft und Kriterien gewinnen, eine wichtige Sache auch in schwierigen Situationen durchzusetzen und nicht zu verraten?).

Wenn ich von dem einfachen Prinzip ausgehe, einseitiges Verhalten und Bewußtsein zu erweitern zugunsten einer freieren erfahrbaren Sinnlichkeit, die ich definieren möchte als Einheit von Theorie und Praxis, Körperlicher und intellektueller Arbeit, dann weiß ich oder du, daß die Diffamierung irgendeiner Ebene zugunsten einer anderen bekämpft werden muß (wenn einer auf Bücherwissen schimpft wird das wichtiger als es ist). Wenn wir handeln, Scheißwort, besser ne Aktion machen, weil das Reden keinen Sinn mehr hat, aber nicht weil Reden oder Wissen sinnlos sind, dann hebt sich so eine Aktion meistens von selbst auf, weil wir aneinandervorbeigeredet haben, die Motive zu unterschiedlich waren oder es gibt da so verdammt viele Gründe, weil in jeder Situation verdammt viel Ebenen zusammenkommen und es schwer ist, der herrschenden Programmierung, Asozialität und Irritation (psychologische Kriegsführung) nicht auf den Leim zu gehen. Du kannst sagen, daß es deswegen sinnlos ist, soviel aufzuschreiben, mehr schweigen und weniger reden würde das unnötig machen. Du hast recht.

Sich auf die Situation einstellen, sie gefühlsmäßig artikulierbar machen, um erstmal die emotionale Basis zu haben, Vorurteile durchbrechen zu können, kann derselbe Betrug sein, denn ich bin kein Prolet, wenn ich im Betrieb arbeite und kein normaler Mensch, wenn ich spazieren gehe und ebensowenig zwangsweise ein Privilegierter, wenn ich studiere. All diese Schubfächer zu sprengen ist unsere Definition von dem, was wir sind oder tun. Das ist alltäglicher Kampf ohne Größenordnung.

Sexsegelei bleibt an der Oberfläche der inhaltslosen Versprechungen wie ständige Rationalisierung oder Onanie und Planlosigkeit. Ab dieser "Entwicklung" degeneriert Spontaneismus zur Alibiideologie von untereinander sich entfremdenden Egoisten, zum Opportunismus.

Praktisch Erfahrung, rev. Sinnlichkeit "theoretisch zu vermitteln oder nachvollziehbar" zu machen wie das immer so heißt und so ist ein absoluter Schmarrn. Sinnlich aktionistische Erfahrung ist weder austausch- noch ersetzbar. Man kann sie nur selbst machen. Deshalb ist die Angst vieler von den Dogmatikern aufgefressen zu werden irrational, weil Veränderung ohne Identität, Risiko und Mut nicht geht und weil das jeder versteht, der nichts zu verlieren hat. PS

zu artikel: "nicht alles mögliche"
wer zeit, lust hat und von der notwendigkeit überzeugt ist, solidar.-aktionen in stuttgart zu machen, kommt mittwoch 19 uhr ins sz, stephanstr.60

KNAST IN WESTDEUTSCHLAND

am 9.mai um 1.30 uhr wurde auf einem parkplatz in köln-gremberg werner sauber von polizisten erschossen, karl-heinz roth wurde durch brust- und bauchschüsse schwer verletzt, roland otto wurde festgenommen. ebenfalls getötet wurde ein polizist, ein weiterer wurde verletzt. laut haftbefehl sollen karl-heinz roth und roland otto unter anderem vollendeter mord zur last gelegt werden. kurze zeit nach diesem ereignis verhängte die polizei eine absolute nachrichtensperre, die sich sowohl auf die einzelheiten des hergangs, als auch auf die prozessualen absichten bezieht. sie ist bis heute nicht aufgehoben worden. diese politik der bundesanwaltschaft zwingt uns, vorläufig keine detaillierte stellungnahme zum tathergang abzugeben.
nicht länger wollen wir zu den haftbedingungen schweigen. von anfang an sitzen auch diese genossen in strenger isolierhaft. sie erhalten weder zeitungen, noch bücher, noch radio.
am 7.august 1975 wurde karl-heinz roth erneut im krankenhaus bergmannsheil in bochum am darm operiert. als spätfolge der schußverletzungen hatte sich ein lebensgefährlicher darmverschluß gebildet. nach der operation lag karl-heinz auf der intensivstation. die tür zu seinem krankenzimmer war 24 stunden am tag geöffnet. vor der tür standen ständig zwei kriminalbeamte. sie unterhielten sich auch nachts laut miteinander. bei waren mit maschinenpistolen bewaffnet. häufig kam es vor, daß sie die maschinenpistolen der neuen schicht vorführten, also die gebrauchsweise erklärten und dabei auch die maschinenpistolen luden und den spannhebel betätigten. diese eindeutigen geräusche waren von karl-heinz ständig gut zu hören und sollten ihn offensichtlich beunruhigen und verängstigen.
regelmäßig patrollierten die bullen mit geschulterten maschinenpistolen durch das krankenzimmer. allein ihr anblick im krankenzimmer mußte karl-heinz immer wieder erregen und beunruhigen.
obwohl karl-heinz nach der gerade überstandenen operation aufgrund der narkose sich selbst bewußtseinsmäßig noch nicht wieder voll unter kontrolle hatte, versuchten die bullen, ihn zu verhören. ihren besonderen sadistischen spaß fanden die bullen darin, immerdann ins krankenzimmer zu kommen, wenn karl-heinz gewaschen wurde oder einläufe bekam. sie grinsten. auch dies wurde vom ärztlichen personal geduldet.
wenn auch diese maßnahmen den bisher gemeinsten und zynischsten ausdruck staatlicher gewalt gegenüber karl-heinz darstellen: wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß sein leben seit dem vorfall in köln-gremberg ständig in gefahr ist. so sollte karl-heinz auf betreiben der bundesanwaltschaft bereits am vierten tag vom krankenhaus hohlweide in ein knastkrankenhaus verlegt werden. das hätte aufgrund seiner schweren darmverletzungen seinen sicheren tod bedeutet. nur dem sträuben der ärzte ist es zu verdanken, daß er diesem todesurteil entging.
diesmal hat karl-heinz sein leben nur der tatsache zu verdanken, daß er die fachliche qualifikation zur selbstdiagnose besitzt, weil er arzt ist. wieviele menschen sind schon aufgrund mangelnder oder zu später ärztlicher versorgung im knast gestorben? die praktiken der behandlung im knast sind durch fälle wie katharina hammerschmidt hinlänglich bekannt.
es kommt für karl-heinz vor allen dingen darauf an, daß eine seinem gesundheitszustand entsprechende medizinische nachbehandlung erhält. darum ist es unsere aufgabe, wachsam zu sein, aufzupassen, daß die optimalen heilungsbedingungen durchgesetzt werden.

für karl-heinz roth

briefadresse:
an das
amtsgericht köln
205 gs 1251/75
zur weiterleitung an
k.h. roth, jva köln
5 köln 1
appelhofplatz 1

besuchsanträge:
an das
amtsgericht köln
205 gs 1251/75
5 köln 1
appellhofplatz 1

und die durchschrift
des besuchsantrages an:
rechtsanwaltbüro günnemann/jacobi/reinhard
2 hamburg 19
heußweg 35

spendenkonto roth
hamburger sparkasse
kto. nr. 1238/495590
kennwort: spendenkto. roth

für roland otto

briefadresse:
an das
amtsgericht köln
205 gs 1250/75
zur weiterleitung an
roland otto, jva
köln-ossendorf
5 köln 1
appellhofplatz 1

besuchsanträge:
an das
amtsgericht köln
205 gs 1250/75
5 köln 1
appellhofplatz 1

und die durchschrift
des besuchsantrages an
rechtsanwalt niepel
8 münchen 40
nikolaistraße 15

spendenkonto otto:
bayrische vereinsbank münchen
kto. nr. 856 648
reingard jäckl

Muss SELBSTVERWALTUNG eine UTOPIE bleiben ?

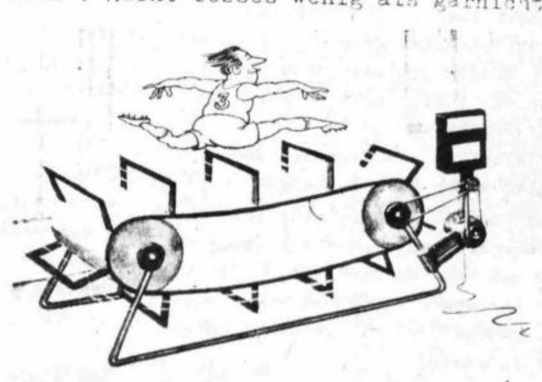
Zumindest fällt sie nicht vom Himmel.
Das stellten wir jedenfalls in den letzten Monaten fest bei unserem Versuch,Arbeitskollektive aufzubauen bzw. schon bestehende zur aktiven Zusammenarbeit zu gewinnen. Die einen wollen"keine Experimente",den anderen ist die Sache zu reaktionär,wir sollten doch lieber in einen Großbetrieb gehen, um den Tag X vorzubereiten.Allerdings sagt man uns nicht,wie man mit dem bis dahin Erlernten die nach dem Tag X anstehenden Probleme löst.Wir haben auch kein Allheilrezept,wollen uns aber mit einem Teil dieser Probleme schon jetzt auseinandersetzen.
Dies soll durch Selbstverwaltung an unserem Arbeitsplatz ein erster Schritt sein.
Die ersten Arbeitskollektive sind bereits vorhanden:KFZ Reparatur,Lederschneiderei, Elektro-und Elektronik,Klempnerei und Installation,Renovierungs-und Transportkollektiv.Unser Hauptproblem ist es für die jeweiligen Kollektive eine Meister zu finden,da die Arbeit ohne einen sollchen nach offizielen Vorstellungen anscheinend nicht funktioniert.Diese Klippe wird hoffentlich langfristig zu lösen sein.Um jedoch jetzt keine Insel zu schaffen in dem wir uns von dem Rest der Welt abkapseln, wollen wir ein Kommunikationszentrum in Kreuzberg aufbauen.Nach dem wir in dem stark renovierungs bedürftigen Saal einige Feten veranstalteten,haben sich immerhin schon 3 Leute gefunden,die sich mit dem Thema Film befassen.Es sollen(und sind schon)in diesem Saal Filme gezeigt werden,die

sohst nicht oder nur selten zu sehen sind. Außerdem soll ein offener Treffpunkt entstehen,für einzelne und Gruppen,damit sie hier mit anderen interessierten Kontakte knüpfen und neues planen können.Besonders sollen auch die jenigen angesprochen werden, die daran interessiert sind,in Kreuzberg ein Kom.+Kollektivzentrum auf zu bauen.
Es stehen noch viele Möglichkeiten offen zB. Musik und malen.Wer interesse auf einem dies er drei Gebiete hat,findet uns Donnerstag um 19ooUhr im Ballsaal auf dem Plenum in der Köpenicker Str.174
Im Zusammenhang mit den aktivitäten der Krezberger-arbeitskollektive,hier noch ein Termin:Mittwoch 16ooUhr für Leute die jobs suchen und nicht tagelang sich die Hacken ablaufen wollen,um,wenn die Kohlen ausgegangen sind,das gleiche noch mal durchzuspielen. Geplant ist ein Telefondienst der für alle die mitmachen wollen Zeitungen und sonstige Informationen an die betreffenden weiter gibt.

Besser als garnichts

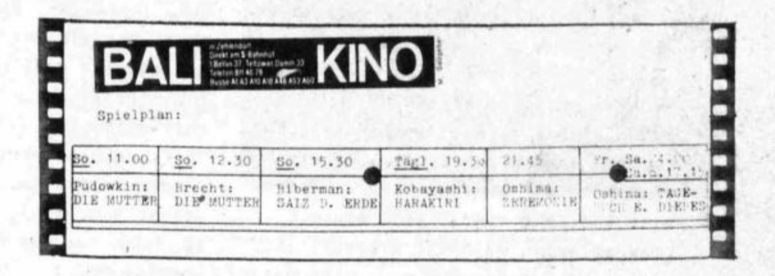
In den artikel über den kampf der KPD im JZ prisma wurde aus dem GUM-papier zitiert. Die GUM (gruppe undogmatischer marxismus) hatte sich im jahre 72 an der PH zusammengefunden. Es sollteeine alternative zur SEW bzw. zu den K-gruppen werden - wurde es aber leider nicht. Nach etwa 1 1/2 jahren wahren schließlich noch etwa 15 genoss(inn)en übriggebliben. Dieser rest setzte sich dann hin (teils aus praktischer perspektivlosigkeit, teils aus einsicht in die notwendigkeit) und versuchten ihre position zu bestimmen. Es flossen alsdann das was man so erfahrungen aus politischen basisaktivitäten sowie viel gelesenes in das papier mit ein.
Im februar 74 warf man das ding (32 seiten und olle Marx im kinderwagen auf grauem umschlag) auf den linken büchertisch und erhoffte sich eine breite diskussion. Nichts (oder besser :fast nichts) geschah. Es wurde zwar massenhaft abgesetzt (ca.25oo in berlin) doch die resonanz, d.h. die öffentliche auseinandersetzung darüber war gleich o,5. "schön zusammengeschrieben das ding, aber.." Bis man dann im letzten INFO sehen konnte, es hat doch einen gebrauchswert. - Als waffe der kritik an stalinistischer jugendzentrumspolitik.
---- Noch kurz zur GUM
Die GUM gibt's nicht mehr, auch wenn die Welt vom 3.8.75 (s.letztes INFO) zu berichten weiß, daß sie im sozialistischen zentrum residiert. Sie hat (leider nicht die Welt, sondern die GUM) mit dem erscheinen des positionspapier im feb.74 aufgelöst. Als letzten streich hat sie noch das INFO-BUG sowie das Mittwochsplenum aus den spontiboden gestampft. ----
Das ergebnis der INFO-initiative hälts du gerade in der hand, daher erübrigt sich jeder kommentar.
Das Mittwochsplenum hat bis zum mai 75 gehalten. Oftmals waren mehr als 1oo genoss(inn)en anwesend, es wurde jedoch dann angebrochen, weil man nicht mehr so genau wußte , was das ganze in der damaligen situation sollte.
Das ende sollte kein endgültiges sein, einie hatten ganz tolle sachen damit vor (s. INFO 58 ff). Von den damaligen vorstellungen sind wir jedoch noch weit entfernt - vielleicht waren die vorstellungen auch falsch.
Viele spontigenoss(inn)en haben inzwischen gefragt " was wird denn nun? - klas es war oft beschissen, ABER HALT BESSER ALS GARNICHTS"

Zu mittwochsplenumszeiten wußte man wenigstens wo man 1x in der woche gleichgesinnte treffen konnte.
Daher wird es bald, etwa anfang oktober, wieder einen mittwochstreff geben. Diesmal nicht mehr im soz. zentrum sondern höchstwahrscheinlich in Kreuzberg im BALLSAAL. Dort kann man dann vielleicht auch- wenn nichts wichtiges zu belabern gibt und wenn man sich gegenseitig anfrustet - nach TSS und
ALLES VERÄNDERT SICH , WENN DU ES VERÄNDERST
tanzen.
Bis dann : Macht besses wenig als garnichts.





Einzelheft DM 6.00 Abonnement 5 Hefte DM 30.00
Die „Autonomie" entstand aus einem Kreis, der vorher bei der Zeitschrift „Wir wollen alles" mitwirkte.
Zu beziehen über: Trikont-Verlag, 8 München 80, Josephsburgstraße 16



Spielplan:

So. 11.00	So. 12.30	So. 15.30	Tägl. 19.30	21.45	Fr. Sa. [illegible]
Pudowkin: DIE MUTTER	Brecht: DIE MUTTER	Biberman: SALZ D. ERDE	Kobayashi: HARAKIRI	Oshima: ZEREMONIE	Oshima: TAGEBUCH E. DIEBES

Poliklinik Lebensgefahr

Vorbemerkung der INFO-Redaktion: Die Poliklinik ist der Stützpunkt der ärztlichen Versorgung der Deutschen Reichsbahn (S-Bahn) für ihre west-berliner Arbeitskräfte. Auch wenn man ihr eine besondere Stellung zubilligen muß – sie befindet sich z.B. auf west-berliner Gebiet – so dürfte sich in ihr gewisse Parallelen zur ärztlichen Versorgung in der DDR zeigen.

Überall, wo bei uns das Gespräch auf die Poliklinik kommt, wird geschimpft und gemeckert. Untersucht man diese Geschichten mal genauer und sammelt sie, könnte man fast dazu sagen: Achtung, Poliklinik! Betreten auf eigene Gefahr.

Polikliniken als Zusammenfassung von Ärzten aller Fachrichtungen in einem Haus sind im Prinzip eine gute Sache, da sie die medizinische Versorgung für uns und für die Ärzte erleichtern und verbessern. Doch warum passieren bei unserer Poliklinik Geschichten wie folgende?

KRANKENGESCHICHTEN

Eine Kollegin wurde schon über ein halbes Jahr in der Poliklinik wegen Magenbeschwerden behandelt. Die Ärzte konnten keine genaue Diagnose stellen und versorgten sie nur mit Medikamenten. Das führte dazu, daß die Kollegin eines Tages einen Magendurchbruch bekam, am Arbeitsplatz zusammenbrach und vom Notdienst in ein Westkrankenhaus gebracht wurde. Dort mußte eine Notoperation durchgeführt werden. Eine halbe Stunde später wäre es für die Kollegin zu spät gewesen.

Eine andere Kollegin wurde in ein Westkrankenhaus überwiesen, weil sich die Ärzte in der Poliklinik nicht in der Lage sahen, sie zu behandeln. Man gab den Westärzten nur die Namen der DDR-Medikamente, mit denen die Kollegin behandelt worden war, weigerte sich aber, ihre Zusammensetzung bekanntzugeben. Erst nach zwei Wochen gelang es den behandelnden Ärzten, die notwendigen Informationen zu erhalten, um die Behandlung fortzusetzen.

Einem Kollegen der Hbm hat man nach der Einstellungsuntersuchung mitgeteilt, daß irgendetwas bei ihm gesundheitlich nicht in Ordnung sei; er könne aber erst mal ruhig anfangen zu arbeiten. Drei Wochen später wurde ihm gesagt, er sei nierenkrank, und er solle sich erst mal draußen behandeln lassen; dann könne er sich ja wieder bewerben. Der gleiche Kollege bewarb sich ein Jahr später noch einmal. Diesmal wurde er nicht eingestellt, weil er "zuckerkrank" war. Eine Untersuchung bei einem anderen Arzt ergab jedoch, daß ihm nichts fehlte.

Man könnte diese Aufzählung beliebig fortsetzen, aber Ihr kennt ja genug von solchen und ähnlichen Fällen.

Eine der übelsten Figuren in der Poliklinik ist Dr. Biese. Er schreibt laufend Leute gesund oder bezeichnet sie als Simulanten, obwohl sie absolut arbeitsunfähig sind. Ein Schlosser z.B., dessen Daumen stark verletzt war, mußte von seinem Meister nach Hause geschickt werden. Dr. Biese hatte sich geweigert, ihn krankzuschreiben.

Welches sind die Ursachen für diese beschissene medizinische Versorgung?

PLANZIEL: NIEDRIGER KRANKENSTAND

Einmal besteht sicher ein stillschweigendes Übereinkommen zwischen den Dienststellen und der Poliklinik, den Krankenstand so niedrig wie möglich zu halten. Ihr erinnert Euch sicher an derartige Appelle auf Betriebsversammlungen. Unsere "Herren" Dienstvorsteher haben wenig Interesse an unserer Gesundheit; für sie ist es wichtig, daß die Produktion reibungslos läuft, und weiter gesteigert wird. Als Mittel dazu dient die Kontrolle der Ärzte und Patienten durch die Ärztekommission. Wenn Kollegen Ärger mit den Ärzten haben, gibt es kaum



Möglichkeiten, etwas zu machen. Es gibt zwar ein Beschwerdebuch, das im Sekretariat ausliegt, oder man kann einen Brief an den ärztlichen Direktor schreiben, der gesetzlich nach 15 Tagen beantwortet werden muß; aber in den seltensten Fällen hört man mal wieder was davon. Unsere Gewerkschaft ist nach dem Gesetz Träger der Krankenversorgung; d.h. sie muß ständig dafür sorgen, daß Mißstände beseitigt werden. Daß das nicht passiert, spürt Ihr immer wieder am eigenen Leib.

ÜBERLASTUNG DER ÄRZTE

Zum anderen sind die Ärzte in der Poliklinik hoffnungslos überlastet, denn schließlich haben wir für die einzelnen Fachrichtungen selten mehr als 2 Ärzte, die ca. 10000 Patienten (Beschäftigte der DR und Familienangehörige) zu betreuen haben. Diese Überlastung behindert die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Ärzten und den Kontakt zwischen Arzt und Patient.

Die Röntgenabteilung z.B. ist zu einem reinen Fließbandbetrieb heruntergekommen. Es werden nur oberflächliche Aufnahmen angefertigt, die mit dem speziellen Krankheitsbild der Patienten nichts zu tun haben. Das kommt unter anderem auch daher, daß die Beschäftigten hier nach einer bestimmten Anzahl von Aufnahmen pro Tag nach Hause gehen können, und deshalb ihre Arbeit möglichst schnell erledigen.

Die Überlastung der Ärzte macht sich für uns auch bemerkbar durch überlange Wartezeiten. Auch die Bestellzeiten werden nicht eingehalten. Hinzu kommt, daß manchmal Patienten, die bei Ärzten bekannt sind, vorgezogen werden. Unser "Freund" Dr. Biese z.B. hielt es einmal für wichtiger, sich eine Stunde lang mit seiner Frau und seinem Hund zu beschäftigen, als sich um die 10 vor seiner Tür wartenden Patienten zu kümmern.

Der ärztliche Notdienst ist ebenfalls völlig unzureichend. Es muß dringend davon abgeraten werden, sich nachts oder an Wochenenden etwas Ernsthaftes zuzuziehen. Es müßte mindestens ständig ein praktischer Arzt anwesend sein und nicht nur ein einzelner Spezialist für eine bestimmte Fachrichtung, wie es in der Poliklinik die Regel ist.

Bei einigen Ärzten in der Poliklinik muß bezweifelt werden, ob sie ihre Arbeit als Arzt ernst nehmen. Sie sind wohl nur Arzt, um damit in eine privilegierte gesellschaftliche Stellung zu kommen. Ihre Ausbildung ist nicht

darauf ausgerichtet, daß sie sich als Ärzte für das Volk begreifen, sondern sie vermittelt ihnen das Bewußtsein, daß sie einer bessergestellten Schicht angehören.

WENIGER GELD FÜR KRANKE

Die finanzielle Situation der kranken Kollegen ist ebenfalls nicht besonders rosig. Sie erhalten ein Krankengeld in der Höhe von 50% des beitragspflichtigen Bruttodurchschnittsverdienstes , das für die Dauer von 26 Wochen gewährt wird. Die Frist kann um 13 Wochen verlängert werden, wenn erwartet werden kann, daß der Patient innerhalb dieser Zeit wieder arbeitsfähig wird. Für die ersten 8-13 Wochen (je nach Dienstalter) wird ein Lohnausgleich gezahlt, der das Krankengeld bis auf 90% des Nettodurchschnittsverdienstes aufbessert. Werden die Lohnausgleichszahlungen eingestellt, erhält man ein erhöhtes Krankengeld von 70-90% des Nettodurchschnittsverdienstes (je nach Zahl der zu versorgenden Familienangehörigen).

Da man kaum annehmen kann, daß sich Kollegen Verletzungen oder Krankheiten absichtlich zuziehen, ist ein voller Lohnausgleich für kranke Kollegen zu fordern, und zwar auch unabhängig von der Dauer der Krankheit.

Die finanzielle Benachteiligung wirkt sich aber noch weiter aus. Geldbeträge der Sozialversicherung werden nicht auf das Jahresbruttoeinkommen angerechnet, das als Grundlage für die Jahresabschlußprämie dient. Am Jahresende merkt man es also ein zweites Mal empfindlich, wenn man längere Zeit krank gewesen ist.

WAS KÖNNEN WIR MACHEN?

Wir haben sehr viel geschrieben über die beschissene Versorgung in der Poliklinik. Was kann man aber tun, damit sich das ändert? Da der FDGB seine Aufgabe der Kontrolle nicht ausübt, müssen wir die Sache selber in die Hand nehmen.

Wenn man üble Geschichten aus der Poliklinik erfährt oder sogar selbst erlebt, müssen sie sofort öffentlich gemacht werden. Redet mit den anderen Kollegen darüber, bringt in Gewerkschaftsversammlungen die Rede auf solche Mißstände, schreibt massenhaft Beschwerdebriefe. Wir werden in unserer Zeitung auch immer wieder darüber berichten, damit es möglichst viele Kollegen erfahren. Wenn unsere Proteste und Beschwerden nicht weiterhelfen, müssen wir auch zu anderen Mitteln greifen, z.B. Ärzte, die gegen uns arbeiten, boykottieren, um zu zeigen, daß wir sie nicht haben wollen. Wenn wir wollen, daß die Poliklinik nur unserer Gesundheit dient, müssen wir ständig kontrollieren, was dort passiert, und versuchen, unsere Interessen durchzusetzen. Das Ziel ist, daß wir in der Poliklinik selbst bestimmen und alle wichtigen Entscheidungen selber fällen. Das Ziel ist eine Poliklinik, die von den Arbeitern selber verwaltet wird. **Entnommen aus:**

GEMEINSAM sind wir stark

% SOZIALISTISCHES ZENTRUM, 1-21, STEFANSTR. 60

betriebszeitung der deutschen reichsbahn (w.-bln.)

AUFRUF !

Am MITTWOCH , den 17.9.75, beginnt um 8³⁰ am Landgericht Berlin, TEGELER WEG (Charlottenburg), im SAAL 104 das Ehrengerichtsverfahren gegen Rechtsanwalt H.C. Ströbele.

Die Herrschenden wollen Ihm mit diesem Verfahren "den Beruf verbieten", d.h. das Maul stopfen, um in Zukunft die Prozesse und Aburteilungen gegen uns, gegen alle, die für ein menschliches Leben kämpfen, unbemerkt - ungestört und schnell über Ihre Bühne ziehen zu können, POLITISCHE VERTEIDIGUNG zu verhindern!!

Als im Sept. 1970 das Ehrengerichtsverfahren gegen RA Horst Mahler mit einem Berufsverbot gegen Ihn beendet war, kam es vor dem Landgericht zu der berühmten "Schlacht am Tegeler Weg!"

WIDERSTAND IST NÖTIG!

Im Handelsblatt v. 11.9.75 wurde das ideale Gerät für Ruhe und Sicherheit vorgestellt.

In diesen Tagen wurde der neue Spähpanzer Luchs der Rheinstahl-Wehrtechnik in Kassel an den Präsidenten des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung übergeben. Nach jahrelanger Entwicklung und Erprobung erfüllt der Luchs, wie die inzwischen zum Thyssen-Konzern gehörende Rheinstahl Transporttechnik mitteilt, „in optimaler Weise alle Forderungen, die an ein modernes Aufklärungsfahrzeug zu stellen sind: Hervorragende Fahreigenschaften und Geländegängigkeit, Geräuscharmut, ausreichende Bewaffnung und eine leistungsfähige Funkausstattung." Die Entwicklung des Spähpanzers erfolgte ab Mitte der sechziger Jahre bei der Daimler-Benz AG, Stuttgart.



Foto: Rheinstahl

Dazu Leber: „Ich bin froh das es in der BRD keine bedeutende Rüstungsindustrie gibt"
aus dem Spiegel von morgen dem 15.9.75

ANZEIGEN / TIPS / TERMINE

verkauf selmer zodiac 50w gitarrenverstärker dm 500,-(compaktanlage auf rollen)
2 guild gesangsboxen je 80w zus. dm 500,-
wer verkauft billig mikrophonständer?
tel. 461 25 01

---

großer küchenschrank zu verschenken
m.schlüter, reuterstr.48

---

wg der putte sucht dringend farben und tapeten zwecks renovierung, swinnemünder str 69, 2.stock rechts

---

wir suchen einen kleinen schrank ca. 1,20 x2,50 tel. 784 53 15

Neben unserer WG (Kreuzberg-Eisenbahnstr.) ist eine 1 1/2 Zimmerwohnung frei (sofort bzw. 1.10.) 73,-- DM. Ruft mal 6186918 an dann erfahrt ihr näheres darüber.

---

räume in kreuzberg, 540qm für gruppen- oder stadtteilarbeit abzugeben
reichelt, 1/36, manteufelstr.31

---

für juristen die auch bürgerliche rechtspraxis studieren wollen:
NJW jg. 1969-1974
JuS jg. 1968-1974
ZRP jg, 1973/1974
zum solidaritätspreis abzugeben
tel. 691 2o 92

---

verkaufe ford 12M maschine bj.65 und r4 maschine bj.66 tel. 614 9oo3

---

fahre übers wochenende allemöglichen transporte, führerschein kl.3 vorhanden
tel. 614 9oo3

---

da wir(gaby und sabine, zusammen 44j) gerade dabei sind die uni zu schmeißen und da uns absolut nichts einfällt, haben wir beschlossen zuerstmal in richtung afghanistan(u.u. auch pakistan/indien) zu fahren und auf die große erleuchtung zu warten. wir suchen 2 bis 3 leute, die in einer ähnlichen situation stecken und die sich ab anfang mai nächsten jahres für 4 bis 6 monate mit uns zusammentun wollen. wer lust hat, der rufe uns an:
tel. 685 25 12 oder 614 30 02

---

hat jemann wo eine 6-7 zi.-whg. frei ist? sofort 612 16 64. unter gleicher nummer könnt ihr auch einen guten vw 1200 motor loswerden

---

frauen wg in kreuzberg (2 stud., 1 erzieherin 1 lehrerin arbeitslos) suchte nette frau ab 1 okt., leider nur für 5 monate petra 341 1967

---

frauen wg (3 frauen, 2 kinder 6j.) sucht liebe frau ohne kind, miete warm dm 200,-
tel. 313 49 58

---

samstag, 20.9., 15 uhr, findet auf dem sportplatz kühler weg im eichkamp (s-bahn-stat. eichkamp) ein fußballspiel zwischen chilenen und sak-jur statt.

sonderprojekt in kreuzberg (eltern-kinder-schülergruppe) sucht eine betreuerin für die gruppe 1 (vorschulkinder). der anfangstermin ist der 1. okt.
übrigends: das ist nicht etwa irgend ein job, sondern eine sache, bei der man scho etwas investieren muß. also, meldet euch mal unter der nr. 26 23 106

Wir, Patty(6 Jahre), Gitti, Hanns und Dietmar suchen noch ein Kind ab 5 Jahren mit Frau. Wir wohnen in I/I2, Sybelstraße, 3I3 42 5I

Kinderladen sucht Radios und Fernseher kaputte zum auseinander nehmen (beim Info melden)

---

dienstag

-"frauen über frauen" ARD 22 h
-"Sportin life" engl.Spielfilm DDR I 21.45 h
-Künstlerhaus bethanien:"Communa lissabon" theater u. lesungen portugiesischer Autoren 2o h

mittwoch

-"Sozialismus - made in Britan" DDF 21.45
-"Die verwandlung",von Kafka ARD 22 h
-Versteigerung von postfahrzeugen(mopeds,PKWs, LKWs..)1-27,breitenbachstr.24-29.Um 1o h,besichtigung:8-1o h.Nur gegen bar zu haben.
-Versteigerung:meranerstr.31,9 h

donerstag

-"Ehe mit gehalt" ARD 16.2o
- Der arzt u."sein"patient SFB I 2o.3o,"Sprechzimmer ohne gespräch".
-"Jeder für sich u. gott gegen alle",21 h Kant kino.

freitag

-"Joker"ansichten eines 16 jährigen über die schule ARD 17.1o
-"Unter wölfen"sowjetischer Spielfilm,ARD2o.15
-"Paarungen" DDR I 21.5o
-"Nessuno o tutti" italienischer psychiatriefilm Arsenal 2o.3o

sonntag

-"Nach feierabend bin ich kaputt u. weiß doch nicht ,was ich gleistet habe",beiträge zu einer "Humanisierung der arbeitswelt SFB I 15.o5

-Wer hat interesse einen kl. Fabrikraum (schöneberg)für einige zeit mitzubenützen. Näheres t.:6913569

-VHS Charlottenburg:kurse:schneidern/siebdruck alternativen der jugendarbeit in berlin/sozialtraining/unbequeme untertanen(techniken u. grenzen von bürgerinitiativen/frauenemanzipation im internationalen vergleich/Frauenforum: das märchen vom schwachen geschlecht

-VHS Kreuzberg:kurse:Angst im kapitalismus/ erfolgsaussichten u.-bedingungen für bürgerinitiativen im polit.system der BRD/kreuzberger Frauenforum/PlaKATE herstellen/Abschluß der realschule(mittlere reife)

-VHS Schöneberg:frauenforen(frauenbefreiung/ frauensexualität)/Emanzipation der männer (auseinandersetzung mit männerrolle)/Kommunikation als grundlage für polit.handeln/Angst im alltag.
-die meisten kurse fangen diese woche an,

Handwerkskollektiv

macht Kleintransporte mit Ford Transit
Elektroinstallation, Reparaturen elektr. Haushaltsgeräte .... weitere Arbeiten auf Anfrage Tel. 395 80 83

ZU DEN VERHAFTUNGEN

die letzten 2 wochen haben die bullen mal wieder kräftig zugeschlagen:
am 1.9. wurde in amsterdam helmut lülf festgenommen, angebliches mitglied der sogenannten debusgruppe, deren mitglieder im frühjahr in hamburg ihren prozeß hatten (bis zu 12 jahre knast), und wurde nach hamburg abgeschoben.
am 9.9. wurden in steglitz ralf reinders, inge viett und juliane plambeck verhaftet, alle der mitgliedschaft im 2. juni und der beteiligung an der "erpresserischen geiselnahme zum nachteil des peter lorenz" verdächtigt.
ein en tag später stellten sich die inzwischen wegen unterstützung gesuchten hans müller-klug und susanne wotschke. ein von ihr verloren gemeldeter ausweis soll bei juliane plambeck gefunden worden sein. h. müller-klug hat angebl. als bisher einziger eine "aussage zur sache" gemacht, was allerdings noch lange nicht heißt, daß er irgendjemand belastet hat.
am 13.9 schließlich wurden in wedding fritz teufel und gabriele rollnick verhaftet, ebenfalls wegen angebl. beteiligung an der lorenz-entführung.
bei hausdurchsuchungen sollen "große mengen" belastendes material gefunden worden sein. ich verstehe dabei nicht ganz, wieso die genossen sie selbst belastende andenken wie z.b. notizbücher von lorenz mit sich rumgeschleppt haben. sowas gehört doch eigentlich vernichtet, oder? weiterhin weiß ich auch nicht so recht, ob es richtig ist, mit gefundenen ausweisen rumzulaufen und damit die ausweisinhaber selbst in den knast zu bringen, falls es auch andere möglichkeiten gibt.

am 12.9. kündigten sowohl berl. morgenpost als auch der abend an, daß jetzt wohl "die terroristen in panik geraten" würden und daß sie "aus rache zu bomben greifen werden". prompt einen tag später explodierte auch eine bombe im hamburger hauptbahnhof, bei der 11 leute verletzt wurden und sich ein "kommando ralf reinders der raf" verantwortlich erklärt haben soll.
beide zeitungen scheinen also ihre meldungen aus schon vorher gutinformierten quellen bezoge.. zu haben.
der unterschied z.b. zur bombendrohung gegen stuttgart 1972 und zur nicht explodierten bombe im bremer hauptbahnhof ist, daß zum ersten mal bei einer derartigen provokation in deutschland leute verletzt wurden.
wie lange wird es wohl noch dauern, bis auch in deutschland wie z.b. öfters in italien durch faschisten oder in nordirland und england durch sondereinheiten der armee bombem gelegt werden, wo menschen bei draufgehen und das der stadtguerilla in die schuhe geschoben wird?

schlußbemerkung: daß die genossen jetzt im knast sitzen, ist sicher ziemlich beschissen, ist ein schlag gegen die revolutionäre bewegung im allgemeinen (obwohl ich einige "genossen" getroffen habe, denens anscheinend scheißegal ist), und die stadtguerilla im besonderen. aber, obwohl hier die bullen einen erfolg gehabt haben, obwohl ich wie wohl noch ein paar andere mit mir einige tage lang so'n bißchen das gefühl gehabt hab, daß die schritte abends im treppenhaus bullen sein könnten, die mich mitnehmen wollen, weiß ich, das die bullen nicht allmächtig sind, daß sie zwar "gute" beamte und techniken haben, diese aber immer nur punktuell einsetzen können. ach ja, mir fällt noch ein, vielleicht sollte man als anständiger staatsbürger gerade in solchen phasen wie letzte woche beobachtungen, wie z.b., daß in irgendeinem öffentlichen gebäude eine bombe liegen könnte, sofort der polizei mitteilen. so könnte man dann dadurch vielleicht, auch wenn man mit den untergrundgenossen direkt nichts zu tun hat, eine kleine hilfe geben.
wie heißt es noch so schön? ach ja: der kampf geht weiter + WWS ...

§ 218

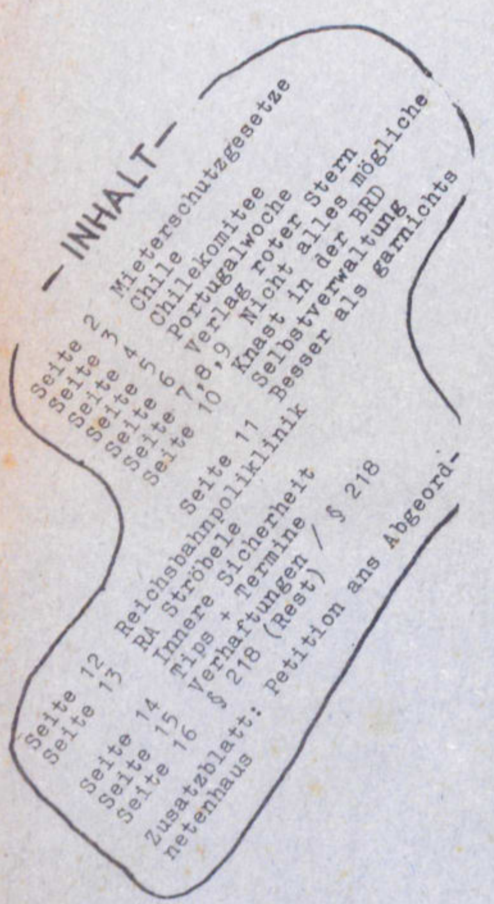
Langsam wird es wohl Zeit, daß auch im Info eine Stellungnahme zur § 218-Kampagne des "Komitee und Initiative gegen den § 218" erscheint.
Als erstes möchte ich vorausschicken, daß dieses Komitee vom KBW "unterstützt" wird und von daher auch die gleiche Politik vertritt.
Tatsache ist, daß die einzig kontinuierliche und gute Arbeit zum § 218 bisher von den Frauenzentren gleistet wurde. (ich bin eine Frau, jedoch nicht im Frauenzentrum.)
Sie haben konsequent die Arbeit nach ihren Möglichkeiten durchgezogen.
Nach der Argumentation des KBW ist diese Arbeit jedoch mehr oder weniger reaktionär, 'da die Fraunezntren versuchen, den Staat zu unterlaufen. Sie vermitteln den Frauen Adressen nach Holland und unterlaufen somit die Gesetze hier. Die richtige Politik nach dem KBW jedoch ist, erst den Staat abzuschaffen und sich dann um den § 218 zu kümmern (vielmehr brauch man es dann nicht mehr.)!
Das sollten sie mal schwangeren Frauen erzählen, die abtreiben wollen (müssen).

Da das in weiter Ferne liegt, läuft die Kampagne zum Volksentscheid.
Klar jedoch ist, den Volksentscheid gibt es schon lange nicht mehr! Also muß erst "gekämpft" werden, daß der Volksentscheid wieder eingeführt wird und dann gegen § 218 eine Abstimmung ("das Volk soll selbst entscheiden"). Wann soll das Volk entscheiden?

Meine Frage ist, was hilft das den Frauen, die hier und heute schwanger sind und egal aus welchen Gründen auch immer abtreiben wollen (müssen). An dem Punkt kommt noch die Argumentation von KBW dazu, daß man viele kleine Revoluzzer braucht. Also viele kleine Linke geboren werden müssen, zwecks Nachwuchs in der Partei.
Kurz gesagt, läuft das beim KBW nach dem gleichen Prinzip ab, wie ~~brixuxx~~ in der Regierung. Werden Leute gebraucht, dann wird der § 218 gelockert, gibt es keine Arbeitsplätze, keine Kriege etc. wird der § 218 verschärft.

Dem KBW scheint es gleich zu sein, unter welchen Umständen die Kinder aufwachsen müssen, sondern es kommt ihm nur darauf an, das"Aussterben" der Partei zu verhindern.

Aus all den Gründen meine ich, daß man diese Aktion unter keinen Umständen unterstützen sollte.

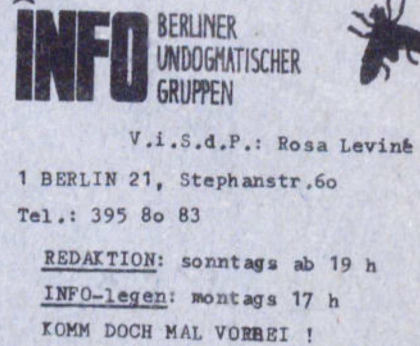


— INHALT —

Dem Info liegt das Schreiben an den Petitionsausschuß bei, das im letzten Info nicht erschien, da in der Druckerei "geschlampt" wurde!







impressum

INFO BERLINER UNDOGMATISCHER GRUPPEN

V.i.S.d.P.: Rosa Leviné
1 BERLIN 21, Stephanstr.6o
Tel.: 395 8o 83

REDAKTION: sonntags ab 19 h
INFO-legen: montags 17 h
KOMM DOCH MAL VORBEI !

ABO 12DM

Für 1o Wochen bei Vorauszahlung an K.-O. Porip, Postschk. Bln.-W. 119o 34-1o1

Auch Gefangene wollen lesen, bezahlt ein Abo für sie!

Rest von S.15

Ich muß leider immer noch an den Frauen zweifeln, die in voller Inbrunst diese Politik voll mitmachen.

Vorschlag:
Wenn alle die, die ansich nach Bonn fahren wollen, das Geld an die Frauenzentren überweisen und somit Frauen ermöglichen, die selbst kein Geld haben, nach Holland fahren zu können.

Übrigens: mich würde auch noch intensiver interessieren, was die Frauenzentren zu dieser Kampagne meinen und wie die Verhandlungen mit dem KBW gelaufen sind (falls es welche gab!).
Es wäre dufte, wenn bald mal dazu von euch was erscheinen würde.

An den
Petitionsausschuß des
Berliner Abgeordnetenhauses

1 Berlin 62

Rathaus Schöneberg

Mir sind die Mißstände in der Untersuchungshaftanstalt Moabit bekannt geworden. Ich bitte Sie um umgehende Überprüfung dieses U-Haft-Vollzuges und beantrage, daß Sie sich für die Durchsetzung der von den Gefangenen aufgestellten 18 Forderungen einsetzen:

1. Bildung einer gemeinsamen Kommission von Vertretern des Abgeordnetenhauses, der Anstaltsleitung und gewählten Gefangenen (je Station einer, jederzeit abwählbar), die die Aufgabe haben, die Zustände in der Anstalt zu kontrollieren, bei Konflikten einzuschreiten; und das Recht haben, bei auftretenden Mißständen ungehindert Nachforschungen anzustellen.

2. Überprüfung der teilweise schwachsinnigen und diffamierenden Anstaltsordnung- und bestimmungen durch diese Kommission.

3. Abschaffung des Neckermann-Monopols - mehrere Vertriebsfirmen in die Anstalt: es ist nicht einzusehen, daß die Firma Neckermann aufgrund ihrer Vormachtstellung sich auf Kosten der Häftlinge saniert!

4. a) Verlängerung der Freistunde auf 60 Minuten!
   b) Zusätzlich 3-4 Stunden Zusammenschluß von mindestens 3 Gefangenen eigener Wahl (sofern keine Tatgenossen)!

5. Eine volle Stunde (60 Minuten) Besuchszeit!

6. Besseres und abwechslungsreicheres Essen!

7. Bessere und tarifliche Bezahlung der arbeitenden Gefangenen!

8. Qualifizierte Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten (besseres Lehrmaterial in der Anstaltsbücherei und Mitspracherecht), zusätzlich qualifizierte Lehrkräfte an die Anstalt!

9. Schaffung von sportlichen Möglichkeiten (Turnen, Tischtennis etc.) im Interesse unserer Gesundheit! Anmerkung: Für unsere Bewacher existieren Sportgeräte und Räumlichkeiten dafür schon lange!

10. Schaffung von Gemeinschaftsveranstaltungen wie Kino, Fernsehen, etc. !!!

11. Änderung der Paketbestimmungen! Ein U-Gefangener soll soviel Pakete empfangen dürfen, wie er gerne möchte!

12. Wir fordern, daß Gefangene, die Selbstmordversuche unternehmen, fachärztlich behandelt werden! Wir halten die jetzige Methode: Beruhigungszelle - Beruhigungsmedikamente und eventuelle Prügel nicht für geeignet, sondern für <u>unmenschlich!</u>

13. Wir fordern zusätzlich zu den Gemeinschaftsveranstaltungen auch Arbeitsgruppen!!!

14. Wir fordern die Abschaffung des Arrest!

15. Wir fordern mehr Rücksichtnahme auf die kulturellen und sozialen Belange unserer ausländischen Mitgefangenen!

16. Wir fordern die Aufhebung der Bestimmung, daß gemeinsame Beschwerden oder Eingab en unzulässig sind !
    Artikel 17 GG besagt: "Jedermann hat das Recht sich einzeln oder in der Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständige Stelle oder Volksvertretung zu wenden!!!

17. Wir fordern aus hygienischen und gesundheitlichen Gründen 3 X Baden wöchentlich!
    Wir fordern, daß der Baderaum vollständig mit Gummimatten ausgelegt wird und daß eine Fußsprayanlage eingebaut wird - zur Vorbeugung von Fußpilz!

18. Wir fordern die tägliche Wechselung unserer Unterwäsche, eine Verbesserung des derzeit bestehenden Wäschetausches für alle Gefangene!

Ich bitte Sie, sich für die umgehende Schließung des B-Flügels des Hauses I der UHA-Moabit einzusetzen, da dieser nicht einmal den hygienischen Erfordernissen des 19. Jahrhunderts entspricht (Siehe Gutach ten des Gesundheitsamtes Tiergarten vom August dieses Jahres).

NAME	ADRESSE	UNTERSCHRIFT